

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Meuterei auf der Deutschland

Ziele und Chancen der Piratenpartei
Von Alexander Hensel, Stephan
Klecha und Franz Walter
edition suhrkamp digital

sv

Walter, Franz / Hensel, Alexander / Klecha, Stephan
Meuterei auf der Deutschland

Ziele und Chancen der Piratenpartei

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp
978-3-518-06211-1

SV

edition suhrkamp digital

Die edition suhrkamp digital präsentiert kurze, aktualitätsbezogene, thesenstarke Bände, Manifeste, Langreportagen, Dossiers und Features. Alle Titel sind auch als eBook erhältlich. Mehr zur Reihe und zu den einzelnen Bänden unter: www.editionsuhrkamp.digital.de

Während die einen die Erfolge der Piraten als den längst überfälligen Einbruch des digitalen Zeitalters in die parlamentarische Wirklichkeit feiern, spotten andere über politische Dilettanten, braune Irrläufer und Demokratievorstellungen, die genauso flüssig wie inhaltsleer sind. Inmitten dieser oft polemisch geführten Debatte werfen die Autoren einen klaren analytischen Blick auf Ursprünge, Funktionsweise und Ziele dieser Anti-Parteien-Partei. Sie bieten Einblicke in prekäre Finanzen und die Arbeit einer Organisation, in der basispartizipatorische Grundsätze und die Notwendigkeit programmatischer Willensbildung sich nicht immer reibungslos vereinbaren lassen. Dabei fördern sie außerdem Parallelen zur Entwicklung der Grünen zutage. Das Ergebnis: Die Piraten lassen sich nicht auf ihr Interesse an »Netzpolitik« reduzieren. Vielmehr konfrontieren sie das krisengeplagte System der repräsentativen Demokratie mit seinen Schwächen – ohne den Anspruch zu erheben, über die richtigen Antworten zu verfügen.

Franz Walter, geboren 1956, lehrt Politikwissenschaft an der Universität Göttingen und ist Direktor des Göttinger Instituts für Demokratieforschung. Stephan Klecha, geboren 1978, und Alexander Hensel, geboren 1983, arbeiten dort als Politikwissenschaftler und forschen seit geraumer Zeit zur Piratenpartei.

Alexander Hensel/
Stephan Klecha/Franz Walter

Meuterei auf der
Deutschland
Ziele und Chancen
der Piratenpartei

Suhrkamp

Umschlagfoto: picture alliance/dpa



Dieser Band der Reihe edition suhrkamp digital basiert auf einem von der Otto Brenner Stiftung (www.otto-brenner-stiftung.de) initiierten und gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt. Dessen Ergebnisse erscheinen im Frühjahr 2013 als Arbeitsheft der Otto Brenner Stiftung (mehr Informationen dann auch unter: www.piraten-studie.de).

Erste Auflage 2012

edition suhrkamp digital

Originalausgabe

© Suhrkamp Verlag Berlin 2012

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert

oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept von Willy Fleckhaus: Bureau Johannes Erler

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-06211-1

Inhalt

1. Einleitung	7
2. Wurzeln und Entwicklung der Piraten	12
2.1 Gründungsmythos: Schwedische Freibeuter	13
2.2 Vom kruden zum attraktiven Außenseiter: Die deutsche Piratenpartei	19
3. Der Hype: Der Berliner Siegeszug hinterlässt Spuren	29
3.1 Wie funktioniert Führung bei den Piraten?	33
3.2 Wirklich kein Programm?	41
3.3 Wer sind die Mitglieder?	52
3.4 Wie finanziert sich die Partei?	61
4. Wenn der Rauch sich verzieht	67
4.1 Der neue Populismus?	67
4.2 Partizipation als Schlüssel	71
4.3 Erkennbare Schwierigkeiten	80
5. Fazit	83
Literatur	91

1. Einleitung

Eigenartige Gestalten mischen die politische Landschaft auf. Bei Landtagswahlen verhindern sie zuvor sicher geglaubte klare Mehrheiten für das Regierungs- wie das Oppositionslager im Bundestag. Ihre Positionen wirken merkwürdig naiv. Ihre Themen ungewohnt. Sie rütteln am Konsens zwischen den etablierten Parteien. Sie haben einen spielerischen Zugang zur Politik. Parteitage gleiten in endlose Geschäftsordnungsdebatten ab und wirken auf Außenstehende chaotisch. Wähler und Mitglieder scheinen auffallend jung. Auch habituell unterscheiden sie sich von den alten Berufspolitikern: Turnschuhe, Latzhosen, lange Haare und Bärte, flegelhaftes Auftreten in Talkshows und Parlamenten. Die Neuen sind anders, bisweilen sonderbar, aber genau das macht sie interessant. Ein Teil der Medien sympathisiert offen mit ihnen, wenn gleich die eine oder andere Personalie einen üblen Beigeschmack hat. Schließlich finden sich in den Lebensläufen einiger Repräsentanten braune Sprengel.

Nein, die Rede ist hier nicht von den Piraten, sondern von den Grünen, die sich 1980 als Bundespartei konstituiert haben. In der Tat: Auf den ersten Blick lässt sich die Ähnlichkeit zwischen den Parteien schwerlich leugnen. Und genau deshalb fallen die politischen Bewertungen des Phänomens noch recht entspannt aus. Vieles wirkt intuitiv wie vor drei Dekaden, eine vergleichbare Entwicklung scheint realistisch und absehbar. Ein neues Thema (in diesem Fall der Umgang mit den Folgen der digitalen Revolution) steht wie damals der Umweltschutz plötzlich auf der Agenda. Eine junge Partei eignet sich die Materie an. Sie etabliert sich, muss lernen, das Säurebad der Macht auszuhalten, sich konsolidieren und irgendwann auch mit Rückschlägen umgehen.

All diese wohlfeilen Analogien enden dann aber doch recht schnell. Nicht wenige Beobachter halten die Piraten im Vergleich zu den Grünen für überschätzt. Ihre zentralen Anliegen – Freiheit im Internet, Transparenz politischer Entscheidungsverfahren, unmittelbare Mitwirkung der Bürger – sind aus Sicht der Skep-

tiker beileibe nicht so elementar wie seinerzeit die Themen Frieden und Umwelt. Zudem wurzelten die Grünen auf einem breiten, über eine Dekade hinweg gewachsenen gesellschaftlichen Vorfeld aus Subkulturen, politischen Initiativen und sozialen Bewegungen. Das alternative Milieu der frühen achtziger Jahre, die Frauen- und Schwulenbewegung, Ökoprojekte, Kommunen, Kinderläden, Anwaltskollektive, Bioläden, Hausbesetzer und alternative Zeitungen waren der Humus, auf dem die junge Partei gedeihen konnte (Rucht 2010, S. 76 ff.). Mit der Anti-Atomkraft- und Friedensbewegung gab es zwei massenwirksame Kristallisationspunkte, von denen man profitieren konnte. Die Piraten dagegen wirken zunächst wie ein fades Projekt der Postmoderne. Gegen die giftige Wolke über Seveso oder die Bilder einer atomaren Apokalypse wirkt die Kritik an Netzsperrern gegen Kinderpornografie viel zu begrenzt, kleinteilig und technisch. Die Datenschutzaktivisten vertreten zweifelsohne ehrbare Werte, die Bedrohung durch staatliche Übergriffe dünkt dem Gros der Bürger dann allerdings doch eher abstrakt.

Die Zweifel an der dauerhaften Etablierung der Partei bleiben, zumal das Wählerverhalten zunehmend volatil geworden ist. SPD und CDU/CSU bewegen sich bei Wahlen gegenwärtig 10 bis 15 Prozentpunkte unterhalb des Niveaus, das sie von circa 1960 bis 2002 beständig erreichten. Legt man nicht den Anteil, sondern die absolute Stimmenzahl zugrunde, ist der Niedergang noch weitaus dramatischer: Rund 25 Millionen Stimmen konnten die Volksparteien SPD, CDU und CSU bei der Bundestagswahl 2009 auf sich vereinen, das sind über neun Millionen weniger als sie 1972 und 1976 erzielten – und das seinerzeit nur in Westdeutschland. Die Profiteure dieser Entwicklung finden sich vielerorts. Die Grünen konnten sich ein beachtliches Wählerspektrum sichern. Die Linke, die nach wie vor auf eine spezifische Klientel in Ostdeutschland zählen kann, hat im Zuge ihrer zwischenzeitlich erfolgreichen Westausdehnung einen Teil der SPD-Wähler fortgelockt. Ende der nuller Jahre profitierte insbesondere die FDP von der Beweglichkeit im bürgerlichen Milieu. Schließlich wuchs auch der Anteil der Nichtwähler an.

Nun haben sich also die Piraten einen Teil des Kuchens gegriffen, doch die Ausschläge, die alle Parteien bei Wahlen erleben, sind immens groß. Totgesagte Parteien wie die FDP schaffen ein Comeback, scheinbar bereits etablierte wie die Linke im Westen erleiden Rückschläge. Ehemals hegemonial auftrumpfende Parteien wie die CDU in Baden-Württemberg werden von der Macht verdrängt, zur Erfolglosigkeit verdammt wie die CDU in Berlin übernehmen überraschend Regierungsverantwortung. Die Berechenbarkeit von ehemals ist passé. Wer angesichts grandioser Umfragewerte dann wie die Grünen oder die FDP von eigenen Kanzlerkandidaten träumt oder diese gar kürt, kann jäh aus seinen Blümenträumen gerissen werden.

Tatsächlich wechseln parteipolitische Moden, verändern sich Wählerpräferenzen rekordverdächtig schnell. Möglicherweise spiegelt sich dabei in der Politik etwas, das wir auch in der Gesellschaft vielfältig erleben: Soziale Bindungen lockern sich, werden unverbindlich, variabel und individualisiert. Der Wähler wird im wahrsten Sinne des Wortes wählerisch und übernimmt im Politischen die täglich trainierte Rolle des Konsumenten, der ebenfalls nach Tagesgeschmack oder Wochenangebot entscheidet. Er will sich nicht vorschreiben lassen, welche sozialen Verpflichtungen er einzugehen hat. Anstatt Mitglied im Sportverein zu werden, in dem seit Generationen die ganze Familie aktiv ist, geht er ins Fitnessstudio. Statt sich von den Gewerkschaften oder dem Mieterschutzbund die Interessen vertreten zu lassen, schließt er eine Rechtschutzversicherung ab. Die kulturellen Präferenzen im Fernsehen, im Theater oder im Radio sind keineswegs mehr festgefügt. Es steht eine Vielfalt an medialen Angeboten zur Verfügung, unzählige Fernsehsender, Lifestyle-Magazine und das Internet haben den Medienkonsum radikal verändert.

Zugleich entstehen neue Formen der Gemeinschaft: Die Fußballstadien sind am Wochenende so voll wie nie zuvor. Bei Welt- und Europameisterschaften ist das gemeinschaftliche Public Viewing weitverbreitet, obwohl man bequem im eigenen Wohnzimmer mit bester Sicht auf den Flachbildfernseher die Spiele verfolgen könnte. Die Sehnsucht nach Gemeinschaftlichkeit findet

ihren Ausdruck auch in medialen Großinszenierungen wie dem Eurovision Song Contest, der Jahr für Jahr ein Millionenpublikum vor die Mattscheibe und zu großen Partys lockt. Das neue Gemeinschaftsgefühl ist dabei keineswegs immer unpolitisch. An Online-Petitionen beteiligen sich Hunderttausende Bürger, Demonstrationen gegen randständig erscheinende Themen wie das Handelsabkommen ACTA erreichen ebenso beachtliche Teilnehmerzahlen wie die eigentlich längst totgesagte Friedensbewegung im Vorfeld des Irakkriegs.

Allerdings vollzieht sich dieser Wunsch nach Gemeinschaftlichkeit weniger in den tradierten Organisationsstrukturen, sondern in veränderter, flexibler und unverbindlicher Form. Nicht erst seit dem Arabischem Frühling wird über das politische Potenzial des Internets nachgedacht. Tatsächlich sind soziale Medien wie Facebook oder Informationsquellen wie Wikipedia aus dem Alltag vieler Menschen kaum mehr wegzudenken. Vor diesem Hintergrund ergibt sich im Hinblick auf die Piraten ganz zwangsläufig die Frage, ob ihre jüngsten Wahlerfolge wirklich nur eine Laune der Wähler waren oder ob es sich nicht doch um die Folge eines tiefgreifenden Wandels von Lebensformen und Mentalitäten handelt. Den gleichzeitigen Einzug in vier Landtage haben in den vergangenen 40 Jahren schließlich nur die derzeit im Bundestag vertretenen Parteien geschafft. Es könnte durchaus sein, dass wir tatsächlich das Entstehen einer neuen politischen Kraft erleben.

Im Rahmen eines Forschungsprojekts vermessen wir gegenwärtig die Piratenpartei, untersuchen ihre Arbeitsweisen, vollziehen ihre programmatischen und strategischen Entscheidungen nach. Auf einen elaborierten Forschungsstand können wir uns dabei bislang noch nicht stützen, wohl aber auf umfangreiches empirisches Material. So greifen wir auf die umfassende Dokumentation der Partei selbst zurück. Ihre innerparteiliche Kommunikation legen die Piraten in Wikis, Foren, auf Mailinglisten, bei Twitter oder in Live-Streams zu einem großen Teil offen. Zudem beobachten wir Treffen und Parteitage und sprechen mit Vertretern der verschiedensten Ebenen. Aus all dem haben wir uns ein erstes Bild einer Partei angefertigt, das nach wie vor etwas amorph bleibt und

einige Paradoxien offenbart: Wir haben es mit einer Parteistruktur zu tun, die eigentlich nicht den Anforderungen gerecht wird, um sich im Parteispektrum zu etablieren. Aufbau und finanzielle Ausstattung entsprechen der Struktur einer Klein-, wenn nicht gar Kleinstpartei. Das schubhafte Wachstum könnte erhebliche innerparteiliche Konflikte nach sich ziehen. Die Wähler schließlich unterstützen die Piraten mehrheitlich nicht wegen ihres Programms, sondern in erster Linie aus Enttäuschung über die etablierten Parteien. Dabei scheinen sie auf die Piraten allerlei Erwartungen zu projizieren, welche die junge Partei realistisch gesehen kaum erfüllen kann. Gleichwohl entsteht der Eindruck, dass die Piraten mit ihren Unzulänglichkeiten bislang ganz gut zurechtkommen und Schwächen durch ihre unkonventionelle politische Kultur und Organisation kompensieren können. Auf die Neuwahlentscheidungen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen haben die örtlichen Parteiführungen mit einer beeindruckenden Mischung aus Cleverness, Unprofessionalität und Improvisationstalent reagiert. Zudem ist es den Piraten bislang in den Landtagswahlkämpfen und ihren sonstigen Medienauftritten gelungen, sich auf bemerkenswerte Weise auf dem Wählermarkt anzubieten. Ihre Führungspersonen wirken geradezu abgeklärt, und dennoch vermitteln sie keineswegs den Eindruck, sie seien »alte Hasen«. Sie kokettieren vielmehr erfolgreich mit einem spielerischen Dilettantismus, thematisieren offen eigene Fehler und Unvollkommenheiten. In Teilen erwecken sie den Eindruck, jene Anti-Parteien-Partei zu sein, als die sich vor 30 Jahren die Grünen präsentierten. Der Vergleich mit den Grünen begegnet uns also in schöner Regelmäßigkeit. Wir werden ihn im Folgenden daher immer wieder aufgreifen.

2. Wurzeln und Entwicklung der Piraten

Will man den Höhenflug und die ungewöhnliche Kultur der deutschen Piraten verstehen, lohnt sich ein Blick auf deren Entstehung und bisherige Genese. Legt man die Mitglieder- und Organisationsentwicklung zugrunde, lassen sich in ihrer noch jungen Geschichte vier Phasen ausmachen: die eher sachte Frühentwicklung von der Gründung im September 2006 bis zum Frühjahr 2009; eine Phase des rasanten Wachstums, die im Frühsommer 2009 begann und bis kurz nach der Bundestagswahl andauerte; eine Zeit der Stagnation und Konsolidierung zwischen Herbst 2009 und Sommer 2011; und schließlich jene Phase des beschleunigten Wachstums, das seit der Berlin-Wahl im September 2011 anhält (Bieber 2012, S. 33 f.).

Ebenso interessant wie die ungewöhnliche Entwicklung ist die Herkunft der Piraten. Es handelt sich um eine genuine Neugründung, die den bis dato vom westeuropäischen Parteiensystem nicht oder nicht ausreichend repräsentierten Konflikt um die Folgen der digitalen Revolution aufgegriffen hat. Unabhängig von seiner langfristigen Tragweite stellt er den Ausgangspunkt dar für die grundlegende Agenda, für die Bindung der Kernklientel und die spezifische symbolische Kultur der Partei (Zolleis/Prokopf/Strauch 2010, S. 7 f.). Versucht man, die frühen Piraten mittels eines Konfliktmodells zu ergründen, geraten zwei zentrale Konstellationen ins Visier (Dobusch/Gollatz 2012): *Erstens* die durch die Expansion des Internets aufgeworfene Auseinandersetzung um den Gebrauch und die Regulierung von Informationen, Wissen und Kultur im digitalen Zeitalter, bei der es vor allem um die Ausgestaltung eines modernen Urheberrechtes geht; *zweitens* der Konflikt um die fortschreitende Einschränkung von Bürgerrechten im Rahmen der Anti-Terror-Gesetzgebung (Schulzki-Haddouti 2003), der sich auf verschiedene staatliche Überwachungs- und Regulierungsmöglichkeiten bezieht und sich vor allem an der Frage der Vorratsdatenspeicherung entzündet hat.

Dabei waren die Piraten keineswegs der erste politische Ak-

teur, der diese Themen artikuliert hat. Vielmehr knüpften sie an verschiedene transnational agierende soziale Bewegungen an (Dobusch/Quack 2011, S. 26 ff.). So wird etwa bereits seit den neunziger Jahren unter dem Stichwort der Wissensallmende eine profilierte, wenngleich sehr akademische Diskussion über die Idee und Praxis immaterieller Gemeingüter geführt. Und auch das Thema digitale Bürgerrechte hat in Deutschland seit der resonanzkräftigen Kampagne gegen die Volkszählung in den achtziger Jahren eine Vorgeschichte. Daneben gab und gibt es spezifische Bewegungsansätze innerhalb der Netzkultur, man denke allein an die Hackerbewegung, die immer wieder auf die Potenziale, aber auch auf die mit den neuen Kommunikationstechnologien verbundenen Probleme hingewiesen hat.

Diese historischen Wurzeln schlagen sich bei den Piraten programmatisch und kulturell nieder. Nicht nur im Wertehorizont, auch im Alltag der Partei finden sich mannigfaltige Referenzen an das Hackermilieu und die Bürgerrechtsbewegung: Der technisch fundierte Optimismus der Selbstermächtigung, die aus der Internetkultur stammende Mischung aus radikalem Individualismus und vernetztem Kollektivismus sowie eine ausgeprägte Empathie gegenüber dem Grundgesetz sind Teil dieses Selbstverständnisses. Auch die ungewöhnliche Organisationsform und -praxis der Piraten muss in diesem Kontext gesehen werden. Die deutschen Piraten sind also weder aus dem Nichts entstanden noch eine bloße Kopie der schwedischen Mutterpartei, deren Geschichte im Folgenden kurz umrissen werden soll.

2.1 Gründungsmythos: Schwedische Freibeuter

Sie waren die Pioniere, sie wurden zum europäischen Vorbild: die Piraten in Schweden, die 2009 mit sieben Prozent ins Europaparlament einzogen. Der riesige Medienrummel in Stockholm schwappte in den folgenden Tagen, wenngleich gedämpft, auch nach Deutschland über. Die schwedische Piratenpartei gründete sich im Januar 2006 im Zuge des im Land schon seit der

Jahrtausendwende virulenten Konflikts um das sogenannte File-sharing. Gemeint ist damit der Austausch oftmals urheberrechtlich geschützter immaterieller Güter wie Musik- und Videodateien. In der besonders webaaffinen schwedischen Bevölkerung standen sich früher als im übrigen Europa Verwerter und Teile der sich kriminalisiert fühlenden, vor allem jüngeren Bevölkerung gegenüber (Bartels 2009, S. 28 ff.; Strippel 2010). Um das »Raubkopieren« bekämpfen zu können, gründeten mehrere Unterhaltungskonzerne 2001 das »Antipirateriebüro«, das relativ rasch erste Erfolge erzielte: 2005 wurde in Schweden ein verschärftes Urheberrecht verabschiedet, das die Interessen der Verwerter stärkte, da zum Beispiel nicht nur das Herunter-, sondern auch das Hinaufladen urheberrechtlich geschützter Daten als Straftat deklariert wurde. Hinzu kam eine EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung, die es unter anderem ermöglicht, illegale Filesharer eindeutig zu identifizieren (Gürbüz 2011, S. 21).

Als Reaktion auf diese Entwicklung entstand 2003 das »Piratenbüro« (*Piratbyrå*) als eher loser Diskussionszusammenhang. Aus diesem heraus gründete der IT-Unternehmer Rickard Falkvinge dann Anfang 2006 die Piratenpartei (ebd., S. 21 ff.). Sie verknüpfte in ihrem Programm bürgerrechtliche Anliegen mit dem Ziel des freien und offenen Austauschs von Wissen und Kultur sowie dem konkreten Vorhaben einer Reform des geltenden Urheberrechts. Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2006 erhielt die Partei verstärkte Medienaufmerksamkeit, nachdem das rabiate Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden gegen die überaus populäre Filesharing-Plattform The Pirate Bay publik geworden und es in mehreren schwedischen Städten zu kleineren Demonstrationen gekommen war (Zolleis/Prokopff/Strauch 2010, S. 8). Diese Auseinandersetzung nutzte Parteigründer Falkvinge erfolgreich, um den für viele Schweden lebensweltlich relevanten Konflikt um das Filesharing ideologisch und theoretisch zu unterfüttern (Lönegård 2009). Er stilisierte ihn zu einem Kulturkampf zwischen dem alten und dem neuen Modell der gesellschaftlichen Kommunikation, wodurch er eine Art Gründungserzählung der Piraten etablierte (Neumann 2011, S. 29 f.).

Rickard Falkvinge, der eigentlich Dick Greger Augustsson heißt, wurde 1972 in Göteborg geboren und absolvierte ein naturwissenschaftliches Gymnasium mit exzellenten Noten. In dieser Zeit trat er, der attraktiven Freizeitangebote wegen, der Jugendorganisation der konservativ-bürgerlichen Moderaten (Moderat skolungdom) bei und gründete ein eigenes IT- Unternehmen (Infoteknik). Später begann Falkvinge ein Studium der technischen Physik, kehrte der Universität jedoch frühzeitig ohne Abschluss den Rücken. Nachdem er auch sein Unternehmen veräußert hatte, verdiente er als Projektleiter und Programmierer bei kleineren IT- Unternehmen und bei Microsoft seinen Lebensunterhalt. Falkvinge stellt auch als Politiker gern heraus, dass er die Branche bestens kennt und dass er aus diesem Grund gegen eine Urheberrechts- und Patentmonopolisierung in der Branche kämpft. Er charakterisiert Computer gerne als Freiheitsbringer, die keiner Zensur und keiner Begrenzung unterliegen. Der Freiheitsdrang scheint ein besonderes Elixier in seinem Leben zu sein. So nannte er sich nach eigenem Bekunden in Rickard Falkvinge um, weil der eigentümliche Name etwas über seine individuellen Eigenschaften aussagen sollte. Falkvinge, übersetzt Falkenflügel, gefiel ihm, da er selbst ebenfalls die Vogelperspektive einnehme und ihm der Freiheitsdrang dieser Tiere imponiere.

In einem Interview bezeichnete er sich als Ultrakapitalist, der zugleich für eine Art digitalen Web-Kommunismus sei, an dem nach Möglichkeit und Bedarf jeder teilnehmen können soll. Er polemisierte gegen die Einteilung der politischen Landschaft in *links* und *rechts*, vielmehr ginge es einzig um die Rechte der Staatsbürger: Die persönliche Integrität sei ihm »wichtiger als Gesundheits- und Schulpolitik, Pflege, Kernkraft und Verteidigungspolitik und die andere Scheiße, über die schon 40 Jahre geredet wurde« (Lönegård 2009). Für den Blogger und Historiker Rasmus Fleischer, einen der Gründer der Plattform The Pirate Bay, ist Falkvinge ein Unikat, der sich und die Piraten auf derselben Ebene wie die Arbeiter-, Umwelt- oder Schwulenbewegung ansiedele (ebd. 2009). Generell wird man den Eindruck nicht los, dass Falkvinge einen moralischen Kreuzzug gegen das Establishment führt, dem er un-

terstellt, es enge die Freiheit ein, die durch die Digitalisierung eigentlich wachse.

Nachdem im Februar 2009 der Prozess gegen die Betreiber von The Pirate Bay eröffnet worden war und der schwedische Reichstag die EU-Richtlinie zur Vereinfachung der Verfolgung von Urheberrechtsverstößen in schwedisches Recht umzusetzen begann, erreichte die Piratenpartei eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit (Gürbüz 2011, S. 24 f.). Im Zuge dessen stieg ihre Mitgliederzahl sprunghaft an und erreichte auf dem Höhepunkt der Piratenwelle im August 2009 etwa 50000; seither hat die Partei allerdings kontinuierlich an Mitgliedern verloren, mit etwa 8000 liegt die Mitgliederzahl heute ungefähr auf dem Niveau der schwedischen Linkspartei (Holmgren 2009). Insgesamt scheint die Mitgliedschaft in der Piratenpartei evident auf politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Medienbereich zu beruhen.

Betrachtet man die Altersstruktur der Mitglieder, fällt auf, dass die Gruppe der 18- bis 29-Jährigen eindeutig dominiert und das jugendliche Bild der Partei prägt. Die Piratenpartei ist damit eindeutig die jüngste Partei Schwedens und hat in der entsprechenden Kohorte weitaus mehr Mitglieder als ihre Konkurrentinnen. Bei der Geschlechterstruktur sticht ein markanter *gender gap* ins Auge: In allen Altersgruppen ist nur ein Bruchteil der Mitglieder weiblich. Auch die Piraten-Wähler bei der Europawahl 2009 waren überwiegend männlich und juvenil: Zwölf Prozent der Männer, aber nur vier Prozent der Frauen votierten für die Piraten. In der Gruppe der Wähler unter 21 Jahren erzielten sie 24 Prozent, bei den 22- bis 30-Jährigen waren es immerhin 17. Sie waren damit die stärkste Partei bei Jung- und Erstwählern und ließen Moderate und Sozialdemokraten hinter sich (Oscarsson/Persson 2009). Bei Umfragen gaben 24 Prozent der Piraten-Anhänger an, ihr Vertrauen in schwedische Politiker sei sehr gering. 14 Prozent von ihnen hatten zuvor die rechtskonservativen Schwedendemokraten favorisiert. Gleichwohl verdankten sie diese Ergebnisse auch den besonderen Umständen einer Europawahl, denn nur drei Prozent der Befragten gaben an, sie hätten die Piraten zu diesem Zeitpunkt auch bei Reichstagswahlen gewählt.

Im Links-Mitte-Rechts-Spektrum waren und sind die Wähler der schwedischen Piraten relativ breit gestreut, die Partei zieht Unzufriedene aus allen Lagern an. Sie versteht sich selbst dabei jedoch nicht als klassische Protestpartei (Erlingsson/Persson 2010). Ihre Anhänger geben sich weniger protestaffin, sondern sind an präzisen, konstruktiven Lösungen interessiert. Bezeichnenderweise waren es weniger die jungen Männer mit niedrigem Bildungsgrad aus den altindustriellen Hafencities im Süden, die überdurchschnittlich häufig für die Partei stimmten, sondern vor allem junge Absolventen technischer und naturwissenschaftlicher Studiengänge, die in entsprechenden Branchen arbeiten und in arvierten urbanen Revieren leben.

Die Politikwissenschaftler Marie Demker und Ulf Bjereld haben in *Kampen om kunskapen (Der Kampf um das Wissen)* dargestellt, wie in entwickelten Informationsgesellschaften neue Konfliktlinien entstehen, wenn der freie Zugang zu Wissen, Informationen und Medien immer mehr an Bedeutung gewinnt, dabei allerdings von Monopolisten oder staatlichen Autoritäten blockiert oder nur zu hohen Kosten gewährt wird (Bjereld/Demker 2008). Themen wie Internethandel, Tauschbörsen, Terrorüberwachung und Datenschutz, aber auch die Selbstzensur von Google in China sind damit eng verknüpft. Ausgehend von der *Cleavage*-Theorie von Rokkan und Lipset, wonach sich das Parteiensystem entlang grundlegender dauerhafter Konfliktlinien wie Arbeit und Kapital, Zentrum und Peripherie oder Kirche und Staat strukturiert (Lipset/Rokkan 1967), hat Demker nach der *nationalen* und der *industriellen* Revolution mit der *kommunikativen* Revolution eine neue, zentrale Umwälzung identifiziert, welche die Bevölkerung politisch mobilisiert und sich nun auch in der Parteienlandschaft niederschlägt (Demker 2010, S. 150 f.). Diese *kommunikative* Revolution hat, so Demker, zwei Hauptkonfliktlinien oder *cleavages* aufbrechen lassen: Zum einen würden sich Akteure gegen die »Vermarktlichung« des Wissens wehren und Informationen und immaterielle Güter als gemeinschaftliche Ressource für sich reklamieren; zum anderen gebe es nun Konflikte zwischen Netzwerken, die transnational agieren, und territorial begrenz-

ten Nationalstaaten. Die *kommunikative* Revolution führe zu einer deutlichen Schwächung der nationalstaatlichen Kontrolle und limitiere die nationale Souveränität und Autorität. Aus dieser Perspektive wären die Piraten tatsächlich eine avantgardistische Partei, eine erste Reaktion auf den digitalen Umbruch der *kommunikativen* Revolution.

Tatsächlich hat die schwedische Piratenpartei in den letzten Jahren jedoch eklatant an Elan und Schwung eingebüßt, schon bei der Reichstagswahl im Jahr 2010 konnte sie nur noch magere 0,65 Prozent einfahren. Allein die hohe Wahlbeteiligung hat die Piraten wieder nach unten gedrückt: Während bei der Europawahl 2009 lediglich 45 Prozent der Schweden abgestimmt hatten, waren es 2010 84 Prozent.

Stärker noch als die Urnengänge in den Jahren zuvor war die Parlamentswahl 2010 vom polarisierten Wettstreit zwischen dem linken und dem bürgerlichen Lager geprägt (Gmeiner 2011). Kleine Alternativparteien pflegen in solchen Konstellationen buchstäblich zwischen die Fronten zu geraten, da sie der Blocklogik nichts entgegenzusetzen haben und in der Berichterstattung weniger Beachtung finden (Lönegård 2011). Zudem gelang es mit den rechtspopulistischen Schwedendemokraten nun einer Konkurrentin, sich als alternative Protestpartei in Stellung zu bringen. Wähler aus dem linken Spektrum, die prinzipiell durchaus Sympathien für die Piraten hegen, votierten angesichts der bipolaren Lagerbildung letztlich doch für eine Partei aus dem explizit linken Block. Zudem waren die Grünen in der Lage, libertäre und postmaterialistische Themen aufzugreifen und thematisch zuzuspitzen. Der überdurchschnittliche Erfolg der Grünen bei jungen, großstädtischen und formal hochgebildeten Wählern legt diesen Schluss zumindest nahe. Die Grünen verbuchten vor allem in Universitätsstädten und den hippen Stadtteilen von Göteborg und Stockholm hohe Zuwächse, welche der Hausse der Piraten ein Ende setzten.

2.2 Vom kruden zum attraktiven Außenseiter: Die deutsche Piratenpartei

Die deutschen Piraten gründeten sich rund neun Monate nach der schwedischen Mutter als dritte europäische Piratenpartei (seit Juli 2006 gibt es die Piraten in Österreich). Das schwedische Vorbild stiftete für die Ableger den Namen sowie zentrale programmatische und ideologische Fragmente und aktivierte, ja inspirierte mit seinem Erfolg die deutschen Piraten zu ihrem konkreten Vorhaben.

Als primäre inhaltliche Ziele beschrieb die Piratenpartei im September 2006 die Freiheit des Wissens und der Kultur, die Wahrung der Privatsphäre, den Leitsatz eines gläsernen Staates statt gläserner Bürger sowie die Transparenz politischer Prozesse und der Verwaltung (Piratenpartei Deutschland 2006). Folgt man den Mitgliedern des ersten Vorstands, waren es vor allem die schwelenden Konflikte um digitale Bürgerrechte und die Reform des Urheberrechts, welche sie zur Parteigründung motivierten. Zuvor hatten bereits kleinere Initiativen versucht, die in den Jahren 2005 und 2006 im Europäischen Parlament geführten Debatten über das Urheberrecht zu beeinflussen, konnten dabei aber kaum Erfolge verbuchen. Viele deutsche Aktivisten waren von den Nachrichten aus Schweden daher elektrisiert. Nicht nur weil die Themen der dortigen Piratenpartei praktisch deckungsgleich mit den eigenen Anliegen waren, sondern auch weil deren unkonventionelle Organisationsform genau dem Sein und Bewusstsein der digitalen Flaneure entsprach.

Das wichtigste persönliche Motiv der Parteigründer war jedoch ein über die Jahre gewachsener politischer Überdruß. Die meisten von ihnen hatten sich schon länger in privaten und beruflichen Kontexten für Computertechnik, Internetkultur und deren politische Implikationen interessiert. Auf der Grundlage ihrer fachlichen Expertise hatten sie sich über die oftmals krude und inkompetent wirkende Gesetzgebung in den Bereichen Netzpolitik und Urheberrecht – je nach Temperament – mokiert oder echauffiert; außerdem waren sie angesichts der Auswirkungen der Sicherheits-

gesetzgebung auf die Infrastruktur des Internets beunruhigt. In dieser Situation genügte der Impuls der Gründung der schwedischen Piratenpartei, um sich hierzulande politisch in Bewegung zu setzen. Viele der frühen Piraten verstanden ihr Engagement dabei allerdings zunächst als einen Akt der Notwehr. Sie sahen ihre Aufgabe weniger darin, dauerhaft und weitflächig in der politischen Arena mitzuspielen. Vielmehr offenbarten sie das typische Selbstverständnis sozialer Bewegungen: Die etablierten Politiker sollten in Sachen Netzpolitik in erster Linie korrigiert und von reglementierenden Eingriffen abgehalten werden.

Betrachtet man den politischen und biografischen Hintergrund der Gründerpiraten, fallen sozialstrukturelle und kulturelle Gemeinsamkeiten ins Auge, die Gesicht und Charakter der Partei in ihrem Kern bis heute prägen. Bereits die Parteigründer waren überwiegend männlich, vornehmlich jung, aber nicht mehr unbedingt jugendlich und wiesen eine starke berufliche oder private Affinität zu Computer- und Internetthemen auf. Konzepte wie Open Source und Open Access sowie die Forderungen nach einer Reform des Urheberrechts, nach freier Kommunikation und Datenschutz waren vielen aus ihrem beruflichen Alltag vertraut. Zudem hatten sich die wenigsten von ihnen zuvor in größeren, festen Organisationen politisch engagiert, lediglich in Einzelfällen hatten sie sich politischen Initiativen angeschlossen, mit Partnern kooperiert, Projekte angefangen oder beendet.

Zu den in diesem Feld aktiven Gruppen zählten neben dem erst 2005 gegründeten Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung ältere Organisationen wie der Chaos Computer Club und der Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs. Hinzu kamen die angesprochenen, eher transnational agierenden Organisationen im Bereich des Urheberrechts (Dobusch/Gollatz 2012). Wie einst bei den Grünen mündete also auch hier ein kollektiver Lernprozess in die Gründung einer Partei. Das Band zwischen den Umfeldnetzwerken und der Partei selbst ist aber nicht immer allzu fest, was auch damit zusammenhängt, dass die Kommunikations- und Organisationsweise in der Internetkultur flexibler und unverbindlicher ist als gewöhnliche Parteistruk-